

**Projekttitle: *Terrorismus und Ausnahmezustand? Kulturbedingte Antiterrorpolitik in Frankreich, Belgien, Deutschland (2015-2017)***

**Projektleiter:** Prof. Dr. Joachim Schild

**Projektbearbeiterin:** Sophie Hegemann, wissenschaftliche Mitarbeiterin Lehrstuhl Vergleichende Regierungslehre

**Laufzeit:** 2017-2022

**Status:** abgeschlossen

**Fragestellung/Ziel:** Die Arbeit verfolgt das Ziel, die Bedeutung ideeller Faktoren – verstanden als Ideen, Normen und sich daraus ergebende Vorstellungen angemessenen Handelns – auf die Antiterrorpolitik Belgiens, Frankreichs und Deutschlands im Zeitraum von 2015 bis 2017 zu untersuchen. Sie nimmt eine sozialkonstruktivistische Perspektive ein und ist einem verstehenden Paradigma der Sozialwissenschaften verpflichtet. Ontologisch wird somit von der Konstruktion der sozialen Welt und somit auch von einem Konstruktcharakter von Sicherheit ausgegangen. Hierbei geht es der Autorin darum, Gründe zu finden, warum Frankreich im Gegensatz zu Belgien und Deutschland im Zuge islamistischer Terroranschläge mit der Verhängung des Ausnahmezustandes reagierte – und diesen drastischen Schritt gegenüber der eigenen Öffentlichkeit legitimieren konnte. Konkret geht sie den folgenden Forschungsfragen nach: Warum gingen politische Entscheidungsträger in Frankreich, Belgien und Deutschland so unterschiedlich mit islamistisch begründeter Gewalt um? Warum konnten in Frankreich im Zuge islamistischer Anschläge von 2015 bis 2017 außerordentliche Maßnahmen im Sinne eines Ausnahmezustands eingeleitet und für ein breites Publikum in offiziellen Diskursen legitimiert werden und in anderen Ländern, wie Belgien und Deutschland, nicht?

Um die Bedeutung diskursiver Sicherheitskonstruktionen konzeptuell greifbar zu machen, rekurriert die Arbeit auf die Theorie der Sekuritisierung der Kopenhagener Schule. Angelehnt an Überlegungen der zweiten Generation der Kopenhagener Schule berücksichtigt sie im Besonderen politisch-kulturelle Kontextbedingungen staatlichen Handelns, die für Antiterroransätze förderlich oder hinderlich sein können.

**Forschungsmethode:**

Methodisch handelt es sich um eine vergleichende qualitative Fallstudie. In einem ersten Schritt werden 129 offizielle Beiträge der französischen, belgischen und deutschen Exekutive von 2015 – 2017 analysiert. Hierbei rekurriert die Untersuchung auf eine kategoriengeleitete Frameanalyse, wobei sich die Identifikation von Frames an der Verfahrensweise qualitativer Inhaltsanalyse (nach Philipp Mayring) orientiert. In einem zweiten Schritt werden die Textdaten mit insgesamt 20 Akteursinterviews trianguliert,

welche ihrerseits Aufschluss darüber geben sollen, warum bestimmte Darstellungsweisen und Handlungsoptionen anderen vorgezogen wurden. Hierfür wurden leitfadengestützte Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der Exekutive und der Legislative in Frankreich, Belgien und Deutschland geführt.

### **Forschungsergebnisse:**

Die Arbeit zeigt, dass politische Entscheidungsträger als angemessen erachtete Antiterrormaßnahmen aus einem Repertoire kollektiver Erinnerungen an historische Krisenerfahrungen und nationaler Verfassungskulturen schöpfen.

In Frankreich ist der Ausnahmezustand im kollektiven Gedächtnis nicht grundsätzlich negativ konnotiert. Das 1955 aus den Unruhen des Algerienkriegs hervorgegangene Notstandsgesetz Nr. 55-385 (über den *état d'urgence*) kam hierbei in der V. Republik bereits mehrfach zur Anwendung (Frankreich 1961-1962, Neu-Kaledonien, Wallis und Futuna, Frz. Polynesien 1985-1987, Pariser Vororte 2005-2006, Frankreich im Zuge islamistischer Anschläge 2015-2017). Zudem lag mit dem französischen Gesetz zum Ausnahmezustand von 1955 eine schnell umsetzbare rechtliche Grundlage für die neuerliche Verhängung eines Ausnahmezustands bereit. Dies unterscheidet Frankreich von anderen Ländern (Belgien, Deutschland). Zudem ist die französische Verfassungskultur von der Idee einer starken Exekutive und eines „starken Mannes“ an der Spitze der Nation in Krisensituationen geprägt. Dies machte einschneidende national verbindliche Maßnahmen im Zuge islamistischer Terroranschläge in Frankreich leichter umsetzbar und legitimierbar. In Deutschland und Belgien hingegen waren außerordentliche Maßnahmen, wie sie durch einen Ausnahmezustand ermöglicht worden wären, im kollektiven Gedächtnis deutlich negativer konnotiert. Die Verfassungskultur ist in diesen beiden Ländern konsensorientiert und machverteilend geprägt (in Belgien mehr noch als in Deutschland). Politische Entscheidungsprozesse endeten in der Regel in Kompromisslösungen, was einschneidende exekutivlastige Maßnahmen unwahrscheinlicher machte.

### **Publikationen**

- Hegemann, Sophie (2023): Kulturen des Ausnahmezustands. Antiterrorpolitik in Frankreich, Belgien und Deutschland von 2015 bis 2017. Wiesbaden: Springer VS
- Hegemann, Sophie (2023): Terrorismus und Ausnahmezustand? Kulturbedingte Antiterrorpolitik in Frankreich, Belgien und Deutschland von 2015 bis 2017. In *Trajectoires* (Zusammenfassung der Dissertation in der Rubrik Synthèses), 16 | 2023 : URL : <http://journals.openedition.org/trajectoires/9731>
- Hegemann, Sophie (2021): Der Terrorismus in Frankreich. Alte Probleme, neue Gefahren? In: Corine Defrance, Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Länderbericht Frankreich*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)